

Burgdorf, 28.12.2011

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **08.12.2011** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/002

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:15 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert

Birgin, Gurbet

Entschuldigt

Bochmann, Ursula

Entschuldigt

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Dralle, Karl-Heinz

Ehrhardt, Hans-
Joachim

Fleischmann, Michael

Gersemann, Christiane

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Knauer, Detlef

Köneke, Klaus

Kuyucu, Ahmet

Leykum, Maria

Meinig, Birgit

Meißner, Claudia

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Peters, Kai

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rheinhardt, Michael

Ruser, Horst

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

von Oettingen, Gero

Zschoch, Mirco

Verwaltung

Franke, Marius
Herbst, Rainer
Kauter, Theo
Kugel, Michael
Pape, Petra
Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 03.11.2011
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Straßenumbenennung
Vorlage: 2011 0970
6. Änderung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung
Vorlage: 2011 0004
7. 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)
Vorlage: 2011 0060
8. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: 2011 0001
9. Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: 2011 0002
10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2011 0003
11. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2011 0052
12. Erlass einer Hebesatzung
Vorlage: 2011 0065
13. Friedhofsgebührenkalkulation 2011 - Neukalkulation
Vorlage: 2011 0053

14. 3. Änderung der Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: 2011 0054
15. Neufassung der Entschädigungssatzung
Vorlage: 2011 0069
16. Antrag zum Bürgerbegehren zur befristeten Einrichtung einer Fußgängerzone in der Markt- und Poststraße vom 19.11.2011
Vorlage: 2011 0067
17. Gründung einer Burgdorfer Energiegenossenschaft
-Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 23. November 2011-
Vorlage: 2011 0070

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 18.00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärte, dass Frau Birgin und Frau Bochmann entschuldigt seien.

Herr Pilgrim wies darauf hin, dass Tagesordnungspunkt 15 „Neufassung der Entschädigungssatzung“ von der Tagesordnung abgesetzt werden müsse.

Die Tagesordnung wurde einstimmig, unter Absetzung des Tagesordnungspunkt 15 „Neufassung der Entschädigungssatzung“, beschlossen.

2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 03.11.2011**
-

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 03.11.2011 wurde einstimmig genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
-

- K e i n e -

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**
-

- K e i n e -

5. **Straßenumbenennung
Vorlage: 2011 0970**
-

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat beschloss, den zwischen der Straße "Schwarzer Berg" und Sorgensen gelegenen Straßenverlauf in "Schwarzer Berg" umzubenennen.

6. **Änderung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung
Vorlage: 2011 0004**
-

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat beschloss, die 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Burgdorf - (in der der Originalniederschrift als Anlage A beigefügten Fassung) und die 10. Änderungsverordnung zur Verordnung über Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Burgdorf – (in der der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten Fassung) zu erlassen.

7. **10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)**
Vorlage: 2011 0060
-

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat beschloss, die 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf - Marktgebührensatzung - (in der der Originalniederschrift als Anlage C beigefügten Fassung) zu erlassen.

8. **Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung**
Vorlage: 2011 0001
-

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat beschloss die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung (in der der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Fassung).

9. **Änderung der Hundesteuersatzung**
Vorlage: 2011 0002
-

Herr Morich informierte, dass Burgdorf auch nach dieser Erhöhung unter dem Durchschnitt in der Region Hannover liegen werde.

Herr Fleischmann äußerte, dass er gegen die Vorlage stimmen werde, da er seinerzeit auch das Haushaltssicherungskonzept abgelehnt habe.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion die Vorlage ablehnen werde, da es sich hierbei um eine Erhöhung nach dem Haushaltssicherungskonzept handele.

Herr Obst erläuterte, dass die Erhöhung aus dem seinerzeit durch die CDU-Fraktion abgelehnten Haushaltssicherungskonzept resultiere und begründete damit die Ablehnung dieser Vorlage.

Herr Schulz führte aus, dass die WGS zustimmen werde, da es lediglich eine Erhöhung von 0,30 € im Monat sei. Er erinnerte daran, dass die letzte Erhöhung der Hundesteuer im Jahre 2005 erfolgte.

Frau Meißner hinterfragte die Anzahl der Zweithunde.

Herr Philipps informierte, dass es sich hierbei um die angemeldeten Zweithunde handele und erläuterte die Problematik und den hohen Aufwand der Kontrolle nicht angemeldeter Hunde.

Mehrheitlicher Beschluss mit 20 Ja- und 11 Neinstimmen:

Der Rat beschloss, die 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuer-satzung vom 16.12.2004 in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. 2011 0002 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage D beigefügten) Fassung zu erlassen.

10. **Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung** **Vorlage: 2011 0003**

Herr Obst erklärte, die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Er bemängelte die Schneeräumung in den Nebenstraßen insbesondere im letzten Winter. Gleichzeitig äußerte er Verständnis für auftretende Schwierigkeiten bei Extremsituationen.

Herr Fleischmann erklärte, dass er zustimmen werde und forderte, dass auch Radwege zu räumen seien.

Herr Schulz erläuterte das Kostendeckungsprinzip und signalisierte Zustimmung seitens der WGS-Fraktion.

Herr Baxmann erinnerte an die Erläuterungen in den Fachausschüssen und wies auf den notwendig höheren Personal- und Geräteinsatz bei steigenden Ansprüchen an den Winterdienst hin.

Herr Hunze erklärte, dass er nicht zustimmen werde, da er die Leistungen in Otze für nicht ausreichend erachte.

Herr Herbst erläuterte, dass der Verbrauch von Streusalz in den vergangenen Wintern die dreifache Menge des Verbrauchs eines Durchschnitts-Winters betragen habe. Er stellte fest, dass alle Nebenstraßen geräumt worden seien und wies auf eine hohe Reinigungsqualität der städtischen Straßen hin.

Herr Braun erklärte, dass das ökologische Denken in Bezug auf den Streusalzverbrauch nicht vergessen werden dürfe und kritisierte eine zu hohe Anspruchshaltung bezogen auf den Winterdienst.

Mehrheitlicher Beschluss mit 29 Ja-, 1 Neinstimme und 1 Enthaltung:

Der Rat beschloss, die 12. Satzung zur Änderung der Straßenreini-gungsgebührensatzung vom 19.11.1987 in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. 2011 0002 ergebenden (und der Originalnieder-schrift als Anlage E beigefügten) Fassung zu erlassen.

11. **Änderung der Entwässerungsabgabensatzung** **Vorlage: 2011 0052**

Herr Fleischmann erklärte, dass er nicht zustimmen werde. Er begründe-te dieses mit stetigen Gebührensteigerungen in den vergangenen Jahren und seiner generellen Ablehnung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Herr Philipps wies darauf hin, dass durch Gebührenkalkulation versucht werde, Kostendeckung zu erzielen und erwirtschaftete Überschüsse bei der Kalkulation der Folgejahre berücksichtigt und verrechnet würden. **Herr Philipps** erläuterte weiterhin, dass durch den in den vergangenen Jahren stetig gesunkenen Frischwasserverbrauch die Umlage der Fixkosten auf geringere Verbräuche erforderlich sei, was zu Gebührenerhöhungen führe.

Herr Hinz ergänzte, dass z.B. strengere Vorgaben der Abwasserbehandlung Investitionen erforderten und dass der anfallende Aufwand finanziert werden müsse.

Mehrheitlicher Beschluss mit 30 Ja- und 1 Neinstimme:

Der Rat beschloss, die 14. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2011 0052 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage F beigefügten) Fassung zu erlassen.

**12. Erlass einer Hebesatzung
Vorlage: 2011 0065**

Herr Fleischmann sprach sich gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer aus. Er erklärte, dass er die Vorlage ablehnen werde, da er auch das Haushaltssicherungskonzept abgelehnt habe.

Herr Zschoch verwies auf das seitens der CDU-Fraktion abgelehnte Haushaltssicherungskonzept und erklärte, dass die CDU-Fraktion die Vorlage ebenfalls ablehnen werde.

Herr Hinz wies auf den Zuschussbedarf für den Betrieb von z.B. Kindergärten und Friedhöfen hin und erklärte, dass es sich um eine moderate Erhöhung von 1,2 % handele. Er erklärte, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Mehrheitlicher Beschluss mit 19 Ja- und 12 Neinstimmen:

Der Rat beschloss, die Hebesatzung vom 08.12.2011 in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. 2011 0065 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage G beigefügten) Fassung zu erlassen.

**13. Friedhofsgebührenkalkulation 2011 - Neukalkulation
Vorlage: 2011 0053**

Beschluss:

Der Rat nahm von der Kalkulation der Friedhofsgebühren, Stand 20.10.2011 Kenntnis.

14. **3. Änderung der Friedhofsgebührensatzung**
Vorlage: 2011 0054

Herr Obst fragte, warum sich die Gebühren gegenüber denen der derzeit gültigen Satzung teilweise reduzieren und erklärte, dass dies für ihn nicht nachvollziehbar sei. Er hinterfragte das Zustandekommen der damaligen Kalkulation.

Herr Herbst erläuterte, dass sich die Pflegekosten erheblich reduziert hätten und seinerzeit eine fehlerhafte Kalkulation zugrunde gelegt worden sei, was bei der Neukalkulation aufgefallen sei.

Herr Obst fragte nach Möglichkeiten, derartige Fehler künftig zu vermeiden.

Herr Baxmann erklärte, dass die Verwaltung bereit sei, die Kalkulation darzulegen und wies auf die Möglichkeit der vorherigen Diskussion in den Fachausschüssen hin.

Herr Herbst erläuterte, dass bei der damaligen Kalkulation nicht durch 12 Pflegegänge geteilt worden sei, was jetzt zu geringeren Pflegekosten führe. Darüber hinaus informierte er, dass die jetzigen Ausschreibungsergebnisse wirtschaftlichere als bei der vorherigen seien. Er kündigte zur künftigen Vermeidung die jährliche Kontrolle sowie eine neue Satzung im Jahr 2012 an.

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat beschloss, die 3. Änderung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Burgdorf sowie die Neufassung des Gebührentarifs der Gebührensatzung in der sich aus Anlage 1 und 2 der Vorlage Nr. 2011 0054 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlagen H und I beigefügten) Fassung zu erlassen.

15. **Neufassung der Entschädigungssatzung**
Vorlage: 2011 0069

- A b g e s e t z t -

16. **Antrag zum Bürgerbegehren zur befristeten Einrichtung einer Fußgängerzone in der Markt- und Poststraße vom 19.11.2011**
Vorlage: 2011 0067

Herr Fleischmann erläuterte den von ihm gestellten Antrag vom 19.11.2011.

Herr Pilgrim erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde und erinnerte an die Planungen und Diskussionen im Hinblick auf das EHK und das ISEK, welche mit breiter Mehrheit beschlossen worden seien. Er vertrat die Auffassung, die bisher gefassten Beschlüsse auch um-

zusetzen. **Herr Pilgrim** erinnerte an die Zuschüsse für die Umbaumaßnahmen. Weiterhin erläuterte er, dass eine Bürgerbeteiligung so schnell nicht möglich sei, da vor, während und nach der Einrichtung einer Fußgängerzone die Verkehrsströme von Fahrzeugen und auch Fußgängern in der Marktstraße, der Gartenstraße und der Straße Vor dem Celler Tor dokumentiert und ausgewertet werden müssten.

Herr Zschoch äußerte den Wunsch der CDU-Fraktion, eine freiwillige Bürgerbefragung durchzuführen. Er sehe einen großen Konsens in Bezug auf mehr Aufenthaltsqualität und rege an, das Begehren der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen.

Herr Braun forderte unabhängig von der Erörterung juristischer Fragen auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der durch die Bürgerinitiative geforderten Probephase, u.a. in Bezug auf die Einbeziehung des ÖPNV. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Problematik des Pflasters hin und nannte hier als Beispiel die Erfahrungen im Bereich der oberen Marktstraße. Für ihn, so führte er aus, stelle sich zudem die Frage, wann eine Probephase sinnvoll sei. Dazu vertrat er die Auffassung, die geplanten Umbaumaßnahmen durchzuführen, da eine spätere und weitaus aussagekräftige Probephase hierdurch nicht ausgeschlossen werde. **Herr Braun** wies weiter auf die vorgesehene kleine Fußgängerzone in der oberen Marktstraße hin.

Herr Schulz erklärte, dass die Umleitung von 8.000 Fahrzeugen/Tag von der Marktstraße auf die Gartenstraße verantwortungslos sei. Er wies auf den (der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten) offenen Brief des AKEB und des SMB hin und bezog sich in seinen Ausführungen auf die dort vorgetragene Argumente. **Herr Schulz** stellte weiterhin dar, dass auch nach dem Straßenumbau eine Fußgängerzone möglich sei. Er merkte kritisch an, dass man die Schul- und Kindergartenkinder sowie die Interessen der Anwohner der Gartenstraße nicht vergessen dürfe. Abschließend erklärte er, dass die WGS dem Antrag nicht zustimmen werde.

Herr Kuyucu erläuterte, dass eine Fußgängerzone auf Probe in einem derart kurzen Zeitraum wenig Aussagekraft habe und ergänzte, dass eine reine Verkehrsverlagerung auf die Gartenstraße nicht zweckmäßig sei. Er wies auf Erfahrungsberichte und eine Abwägung von Vor- und Nachteilen der IHK Hannover zur Einrichtung von Fußgängerzonen hin. Weiter nannte **Herr Kuyucu** als Vergleichsbeispiel die Einführung einer Fußgängerzone in Hannover im Stadtteil Limmer, wo ein Umsatzrückgang von 30% zu verzeichnen gewesen sei.

Frau Gersemann gab zu bedenken, dass bei einer Bürgerbefragung im Vorfeld die Auswertung und der Umgang mit den Ergebnissen geregelt sein müssten.

Herr Hunze regte die probeweise Einrichtung einer Fußgängerzone an und stellte den Änderungsantrag, den Bürgermeister und die Verwaltung zu beauftragen, die Marktstraße vor Umbaubeginn für den Zeitraum von drei Monaten als Fußgängerzone auszuweisen. Des Weiteren solle die Verwaltung mit der Überprüfung der Beschilderung auf der Autobahn und in Lehrte beauftragt werden sowie klären, ob die bereits bewilligten EU-Zuschüsse später als bisher terminiert abgerechnet werden könnten.

Herr Köneke merkte an, dass die Veränderung der Verkehrsströme z.B. durch eine stärkere Nutzung der Umgehungsstraße, notwendig sei.

Frau Heldt erinnerte an die Planung der Umgehungsstraße und erläuterte, dass seinerzeit gutachterlich ermittelt worden sei, dass eine Fußgängerzone auf der Marktstraße bei der umgesetzten Nordumgehung nicht möglich sei.

Frau Leykum führte aus, dass eine Hervorhebung im Bereich Kirche/Spittaplatz und Rathaus I durch ein anderes Pflaster mit einer leichten Erhöhung zum restlichen Fahrbahnbelag erfolgen werde. Sie äußerte, dass noch viel Verkehr über die Marktstraße laufe und befürwortete, dass der Umbau durchgeführt werden solle.

Herr Schrader erklärte, dass die FDP für den Umbau sei und schloss sich den Vorrednerinnen Frau Heldt und Frau Leykum an.

Herr Herbst bestätigte, dass die Einrichtung einer Fußgängerzone auch nach dem Umbau noch möglich sei. Die Einrichtung einer probeweisen Fußgängerzone sei kurzfristig nicht möglich, da hier weitere Faktoren, wie z.B. die Beteiligung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßenbehörden bzgl. der entsprechenden Beschilderungen, berücksichtigt werden müssten.

Herr Herbst führte aus, dass die vorherige probeweise Einrichtung einer Fußgängerzone den Straßenumbau erheblich verzögern könnte und dadurch die rechtzeitige Abrechnung für die Inanspruchnahme der Zuschüsse aus EU-Mitteln nicht mehr möglich sei.

Herr Fleischmann sagte, dass er an seinem Antrag mit den Ergänzungen des CDU-Antrages festhalte.

Mehrheitlich abgelehnter Antrag mit 11 Ja- und 20 Neinstimmen:

Der geänderte Antrag von Herrn Fleischmann, die Verwaltung zu beauftragen, vor Umbau der Marktstraße eine Fußgängerzone probeweise einzurichten, die Änderung der Beschilderung auf Autobahnen und in Lehrte zu überprüfen sowie die spätere Abrechnung der Baumaßnahme unter Fortgewährung der EU-Zuschüsse zu klären, wurde vom Rat zurückgewiesen.

17. Gründung einer Burgdorfer Energiegenossenschaft -Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 23. November 2011- Vorlage: 2011 0070

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag vom 23.11.2011 und beantragte die Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

Frau Vierke erinnerte daran, dass der Verwaltungsausschuss im Juni 2010 eine Beschluss gefasst habe, die Wirtschaftsbetriebe Burgdorf mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Gründung einer Gesellschaft zur Energieerzeugung, an der sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, zu beauftragen. **Frau Vierke** schlug vor, den Antrag aufzunehmen und im Ausschuss für Umwelt und Verkehr die Wirtschaftsbetriebe Burgdorf über den derzeitigen Sachstand berichten zu lassen.

Herr Hinz erinnerte an den Antrag der SPD-Fraktion mit der Vorlagennummer 750/2010 (Auftrag an die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Burgdorf zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Gründung einer Gesellschaft zur Energieerzeugung, an der sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen können) und regte zugleich an, die Haftung und die Risiken einer Energiegenossenschaft zu bedenken. Weiter wies er darauf hin, dass die Gründung einer solchen Energiegenossenschaft kompliziert und zeitintensiv sei.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützen werde.

Herr Braun bat darum, die Behandlung des Antrages in den Fachausschüssen zu ergänzen um einen Bericht über die bisherigen Erkenntnisse bezogen auf die Abarbeitung des Antrags der SPD-Fraktion.

Beschluss:

Der Rat beschloss, den Antrag von Herrn Fleischmann zur Gründung einer Burgdorfer Energiegenossenschaft in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu überweisen.

Einwohnerfragestunde

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 2 dem Protokoll beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer